

Artikel drucken Bilder ausblenden

WELT ONLINE

BRIEF DES FINANZMINISTERS

07.06.2011 | Autor: J. Dams, J. Hildebrand, C. B. Schiltz

Schäuble warnt vor Staatspleite Griechenlands

Umschuldung als Ziel: Finanzminister Schäuble will private Banken an Griechenlands Rettung beteiligen – die EZB aber nicht Es läuft auf einen Showdown hinaus

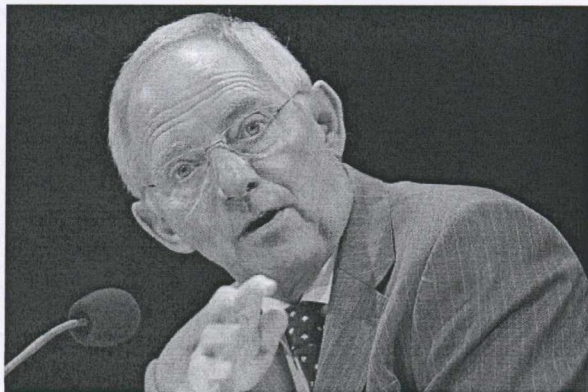


FOTO: DAPD

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble: Er findet deutliche Worte für den Umgang der Europäischen Zentralbank mit der Griechenland-Krise

138

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble steuert auf eine harte Auseinandersetzung mit der Europäischen Zentralbank (EZB) zu. In einem Brief an EZB-Präsident Jean-Claude Trichet, den Internationalen Währungsfonds (IWF) und seine Kollegen in der Eurozone fordert Schäuble eine Beteiligung der privaten Banken an den Kosten für die Rettung Griechenlands und damit der gesamten Eurozone.

BUCH-TIPP

ANZEIGE



Jetzt bei Amazon.de bestellen: Traum weiter, Deutschland!

Jede neue Vereinbarung über weitere Griechenlandhilfen am 20. Juni müsse ein klares Mandat enthalten, mit dem Griechenland möglicherweise gemeinsam mit dem IWF, einen Verhandlungsprozess mit Athens Gläubigern starten könne, heißt es in dem Schreiben, das "Welt Online" vorliegt. Jeder zusätzliche Unterstützung für Griechenland muss eine faire Lastenteilung zwischen Steuerzahlern und privaten Investoren enthalten, damit das Land in der Lage sei, seine Schulden dauerhaft zu tragen.

Im gleichen Schreiben weist Schäuble eindringlich auf die Gefahr hin, sollte es für Griechenland kein neuerliches Rettungspaket geben: „Eine Rückkehr der Griechen an den Kapitalmarkt im Jahr 2012, wie im laufenden Programm geplant, scheint mehr als unrealistisch“, so der Minister. Das aber bedeute, dass das Volumen des jetzigen Programms nicht ausreiche, Athens finanzielle Bedürfnisse zu decken. Schäuble erwartet daher eine „substanzielle“ Ausweitung der Hilfe durch Europa – auch, damit der IWF aus den Hilfsprogrammen nicht aussteigt.

Ohne eine neuerliche Auszahlung von Geldern vor Mitte Juli gebe es die „reale Gefahr des ersten ungeordneten Staatsbankrotts in der Eurozone“, warnt Schäuble eindringlich. So etwas hat es innerhalb der Währungsunion bislang nicht gegeben. Erster Adressat des Briefes ist nicht nur im übertragenen, sondern auch wortwörtlichen Sinn EZB-Präsident Trichet. Der ist ein großer Gegner einer Umschuldung Griechenlands.

Die Notenbank kann sich allenfalls eine freiwillige Beteiligung der privaten Gläubiger vorstellen, so wie es sie 2009 in der Finanzkrise schon einmal gab, als es darum ging, Osteuropa vor der Insolvenz zu retten. Damals haben die Banken ihre Engagements in Osteuropa nicht heruntergefahren, sondern konstant gehalten und damit das Schlimmste verhindert. Im Fall Griechenlands haben sie sich bislang allerdings nicht an ähnliche Absprachen gehalten.

Schäuble geht daher nun in die Offensive: „Der Prozess (der Verhandlungen mit den Gläubigern) müsse zu einem quantifizierten und substanziellen Beitrag der Besitzer griechischer Anleihen führen, der über eine reine Initiative Wiener Art hinausgeht.“ Genau das aber lehnt die EZB seit Wochen schon ab.

Sie wehrt sich gegen dieses Vorgehen, weil sie weiß, dass sie bei diesem Schuldenschnitt die neuen Anleihen Griechenlands als Sicherheit für die Liquidität griechischer Banken nehmen muss. Die Notenbank sieht dahinter einen Angriff auf ihre Unabhängigkeit. Beide Positionen scheinen derzeit unversöhnlich. Es läuft auf einen Showdown hinaus. Die Frage ist, wer die besseren Nerven hat und sich durchsetzt.

EU-Kommission kritisiert auch Deutschland

Ähnlich kritisch wie Schäuble schätzt auch die EU-Kommission Griechenlands Lage ein, als sie gestern ihre Bewertung der Lage aller 27 EU-Staaten bekanntgab. Selbst Deutschland wird trotz guter Konjunktur sehr deutlich kritisiert. „Unsere Empfehlungen sind objektiv: sie sind maßgeschneidert und sie sind messbar“, sagte EU-Kommissionschef Jose Manuel Barroso.

Der Portugiese forderte die Mitgliedsländer auf, die Empfehlungen der Kommissionsbehörde in den kommenden zwölf bis 18 Monaten umzusetzen. Die EU-Kommission hatte im Rahmen des neu geschaffenen „Europäischen Semesters“, das eine engere wirtschaftliche Abstimmung zwischen den EU-Volkswirtschaften ermöglichen soll, die Haushalts- und Wirtschaftsplanungen der 27 Mitgliedsländer beurteilt.

Nach Ansicht von Barroso müssen die meisten EU-Länder mehr sparen und stärkere Reformanstrengungen unternehmen. Dabei dürfe das Wirtschaftswachstum aber nicht abgewürgt werden. „Wir sind an einem entscheidenden Punkt angelangt“, sagte Barroso. Der Aufschwung gewinne an Fahrt, aber er bleibe ungleichmäßig verteilt in Europa.

Für das laufende Jahr erwartet die EU-Kommission ein Wachstum von 1,6 Prozent in der Eurozone. Deutschland wird laut Prognose um 2,6 Prozent wachsen. Neue Aufforderungen für die Schuldensünder Griechenland, Portugal und Irland gab es nicht. „Sie sollen ihre vereinbarten Programme umsetzen“, sagte Barroso weiter. Hart sind die Kommission mit den Versäumnissen des Schuldensünder.

Was die Kommission in ihrer Analyse aber verschweigt: Der Niedergang Griechenlands vollzog sich unter den Augen der Euroländer – aber niemand griff ein. Mit Blick auf die europäische Konjunkturokomotive Deutschland verteilte Brüssel nicht nur Lob – es gab auch jede Menge Kritik.

Nach Ansicht der EU-Kommission müssen zahlreiche Hausaufgaben zügig erledigt werden. „Die Krise offenbarte eine ernsthafte Anfälligkeit des Bankensektors“, schreiben die Experten in ihrem Bericht. Die Kapitalausstattung vieler Banken sei unzureichend, insbesondere das System der Landesbanken müsse endlich grundlegend reformiert werden.

Die Wut der Griechen



Tausende Griechen protestieren gegen den Sparkurs. Sie verteufeln die EU für ihre Auflagen.

FOTO: DAPD